

Niederschrift

zur außerplanmäßige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Montag, den 08.06.2020	18.30- 20.26 Uhr	e.dis-Arena, Hegelstraße 30, 15517 Fürstenwalde/Spree

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch ,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Monika Fiedler , Peter-Martin Mattigk , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Gernot Geike , Karin Lehmann ab 19.52 Uhr, Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Altmann , Christian Dippe , Kai Hamacher , Iris Jatzek , Christina Krüger , Nancy Krüger ,

SPD-Fraktion

Dr. Dr. Franz H. Berger ab 20.38 Uhr (nichtöffentliche Sitzung), Juliane Meyer , Sebastian Rausch , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich , Enrico Biagini , Axel Fachtan , Jürgen Gebauer , Rolf Peter Hooge ab 18.33 Uhr,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz ab 18.40 Uhr, Cornelia Behrmann , Bernd Saliter ,

Fraktionsloser Abgeordneter

Thomas Apitz ,

Verwaltung

Melanie Brückner , Franka Koch , Christfried Tschepe , Stefan Wichary ,

Gäste:

12 Gäste

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden recht herzlich zur außerplanmäßigen Stadtverordnetenversammlung und eröffnet die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind zunächst 26 Stadtverordnete (einige Stadtverordnete kommen später, sh. Anwesenheit) und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dippe merkt an, dass zu einigen TOP erst kurzfristig oder gar keine Informationen verteilt wurden. Außerdem gibt es eine Reihe von Interna auf der Tagesordnung und eine E-Mail aus dem Rathaus, die den TOP 12.5 obsolet macht. Zu TOP 12.8 liegen keine Informationen vor, so dass er bittet, dass sich der Vorsitzende zu den Einzelheiten äußert.

Der Vorsitzende erläutert zu TOP 12.8, dass hier lediglich die Möglichkeit der Information der Stadtverordneten genutzt werden soll, um in der nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss fassen zu können.

Zu TOP 12.5 kennt der Vorsitzende die erwähnte E-Mail nicht.

Der TOP 12.3 wurde im Benehmen mit dem PR auf die Tagesordnung gesetzt, entsprechende Unterlagen wurden kurzfristig dazu versandt.

Herr Dippe bezieht sich noch einmal auf den TOP 12.3 und TOP 12.8 und bittet im Namen der BFZ-Fraktion ordentliche Verfahren zu pflegen und im Rahmen von komplexen Sachverhalten die Gegenseite anzuhören, um auf Basis fundierter Informationen entscheiden zu können. Zum TOP 12.5 merkt er an, dass bereits ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, das macht den TOP obsolet. Er formuliert den Antrag, die TOPs 12.3 und 12.8 auf einen Zeitpunkt zu verschieben, wenn fundierte Informationen vorliegen. Er appelliert an die einbringenden Fraktionen, dem zuzustimmen.

Der Erste Beigeordnete informiert, dass der TOP 12.5 bzw. der entsprechende Antrag durch die neuen Erkenntnisse nicht obsolet wird. Außerdem möchte er zu den TOPs 12.5 und 12.8 zunächst das Verfahren erläutern und dann entscheiden die Stadtverordneten zunächst über die weitere Verfahrensweise, welche Aufgaben erfüllt werden sollen.

Herr Dippe spricht noch einmal den TOP 12.3 an und meint, es sei heute unmöglich dazu etwas zu besprechen, weil keine Möglichkeit bestand, sich mit der Sachlage vertraut zu machen. Den Antrag hält er diesbezüglich deshalb aufrecht.

Herr Wende betont, dass der Sachverhalt zu TOP 12.3 bereits in der Debatte zur Stellenplanerweiterung thematisiert worden ist. Er selbst hatte massive Argumente vorgetragen, die als Unwahrheiten abgetan wurden. Der hier vorgeschlagene TOP ist die Konsequenz des Personalrates (PR) an der Kritik an den Entscheidungen in der vorangegangenen Stadtverordnetenversammlung und die Debatte darüber muss weitergeführt werden. Er spricht gegen die Absetzung des TOP. Außerdem wird die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag (TOP 12.5) nicht zurückziehen, da das Verfahren eigenständig behandelt werden soll.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Dippe abstimmen.

Abstimmung: 10 Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Herr Wende informiert über einen geänderten Textvorschlag zum Antrag Erklärung der SVV – bleiben Sie vorsichtig (TOP 8.3), den die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgearbeitet hat. Er wirbt für Zustimmung für den besseren, zeitgemäßen Text.

Zustimmung Ja 20 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 4 Niederschrift vom 14.05.2020

Die Niederschrift vom 14.5. wird zur nächsten Sitzung vorgelegt.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende teilt mit, dass Frau Sabine Niels, Fraktion der BFZ, ihr Mandat niedergelegt hat. Als Nachfolger rückt Herr Christian Altmann in die Reihen der Stadtverordneten auf. Er wird gebeten, an seinem Tisch Platz zu nehmen und herzlich willkommen geheißen.

Der Vorsitzende geht noch einmal auf die SVV vom 14.5.2020 ein und bringt die Sprache auf die unerfreuliche Diskussion zur Feststellung der Tagesordnung. Der Bürgermeister trug vor, dass die Tagesordnung rechtswidrig sei und begründet das mit dem nicht mit ihm hergestellten Benehmen. Der Vorsitzende geht weiterhin in seinen Erläuterungen darauf ein, dass der Wunsch besteht, künftig wieder konstruktiv mit einander zu arbeiten und dass nicht in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, dass sich die SVV mit sich selbst beschäftigt.

Die Tagesordnung war weder rechtswidrig noch ungültig, alles hatte seine Richtigkeit. Dem Bürgermeister wurde ein Entwurf der TO zugestellt, die er mit Änderungswünschen versah, denen z.T. Rechnung getragen wurde (Umbenennung eines TOPs).

Im Übrigen heißt Benehmen herstellen, nicht Zustimmung oder Einverständnis des Bürgermeisters einholen. Die endgültige TO wird zu Beginn der Sitzung festgestellt.

Mit Blick auf die letzte Sitzung stellt er fest, dass man sich weite Teile der Diskussion hätte ersparen können, wenn der Bürgermeister die Gewaltenteilung zwischen ihm und den Stadtverordneten akzeptiert und entsprechend gehandelt hätte.

Sehr geehrte Damen und Herren, so der Vorsitzende weiter, ein weiterer Punkt ist die Unterbrechung der Diskussion durch den Bürgermeister, der zwei Stadtverordneten die Mikrofone abschaltete. Er richtet seine Worte an die beiden betreffenden Personen und entschuldigt sich in aller Form für diese Vorkommnisse. Das darf nicht passieren.

Im Zuge der Nachbestellung von Mikrofonen wurde offensichtlich eines zweites Präsidialmikrofon bestellt, das nunmehr seinen Platz bei der Stellvertreterin des Vorsitzenden findet.

Herr Koch zitiert den Nachgang der Sitzung, der auf Facebook kommentiert wurde. Das macht ihn alles sehr betroffen. Die Sitzungsleitung obliegt ausschließlich dem Vorsitzenden, der Ordnungsmaßnahmen gegenüber den Stadtverordneten (z.B. Ordnungsruf oder Ausschluss von der Sitzung) durchführt, wenn erhebliche Sitzungsbeeinträchtigungen drohen. Auch kann er nur das Wort entziehen, wenn unsachgemäße Redebeiträge folgen oder die Redezeit um ist.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister trägt ergänzend zu den Worten des Vorsitzenden vor, dass er in aller Form und höflichst um Entschuldigung bittet dafür, dass er zwei Stadtverordneten das Wort entzogen hat. Das stand ihm nicht zu und wird auch nicht noch einmal vorkommen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Wolfgang Riebe (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) fordert noch einmal, eine gemeinsame Erklärung „stoppt den Lockdown sofort“ an die Landesregierung zu verfassen. Er

findet die Maßnahmen unverhältnismäßig und fordert die Aufnahme eines geregelten Kindergarten- und Schulbetriebes ein. Er spricht weiterhin u.a. die Schaffung von MobbingansprechpartnerInnen, die Kosten dafür und die interne Organisation der SVV insbesondere die Häufung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte an.

Herr Dippe möchte auf die Anmerkungen eingehen und betont, dass es gesetzlich normiert ist, welche TOPs in einer nichtöffentlichen Sitzung behandelt werden müssen (Personalien, Klageverfahren etc.) Zum Thema Lockdown hätte man sich auch in der Fraktion und im Verein ausgetauscht und darauf verständigt, in gewissen Bereichen weiterhin mit großer Vorsicht vorzugehen. Allerdings, und das wird sich in einem entsprechenden Antrag der BFZ-Fraktion niederschlagen, spricht sich die Fraktion für die Beendigung der Maßnahmen in Kitas und Schulen aus.

Thomas Apitz geht darauf ein, dass viele Maßnahmen bereits aufgehoben worden sind. Die niedrigen Fallzahlen sind letztlich genau auf diese Maßnahmen zurückzuführen. Und es gibt keinen Anlass für eine solche Erklärung an die Landesregierung.

Herr Rausch erklärt, dass einige TOPs in der nichtöffentlichen Sitzung noch aus einer vorangegangenen Sitzung herrühren, die nicht beendet bzw. geschafft wurden.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Benennung von Anträgen für nachfolgende Sitzungen

TOP 8.2 gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE, FDP und SPD 7/AN/166 Benennung einer/eines unabhängigen Beauftragten für von Mobbing betroffenen Mitarbeiter/Innen der Stadtverwaltung Fürstenwalde/Spree und ihrer Gesellschaften

Herr Wende erinnert an die Situation, dass sich MitarbeiterInnen aus der Verwaltung mit der Bitte um Hilfe und Unterstützung an die SVV wandten. Diesem Anliegen soll der Antrag Rechnung tragen, ohne heute schon eine Struktur zu beschließen für künftige Mobbingbeauftragte für die gesamte Stadt. Das sollte jedem Unternehmen selbst obliegen.

Herr Wende schlägt zwei Bürgerinnen der Stadt vor, die als unabhängige Ansprechpartnerinnen für die MitarbeiterInnen der Stadt und der Gesellschaften agieren, zuhören und aus dem Gesagten der SVV weitere Vorschläge zuarbeiten. Er will der Debatte nicht vorgreifen und kann das Ergebnis nicht einschätzen. Aber es geht der Fraktion DIE LINKE darum, überhaupt die Gesprächsbitte aufzugreifen und zwei von Amtswegen unabhängige Ansprechpartnerinnen, die durch ihre Tätigkeitsstruktur einen hohen Vertrauensschutz genießen und verschwiegen sind, zu benennen. Es geht um eine zeitliche Befristung, um einen sensiblen Umgang, in den die Stadtverordneten gar nicht zu tief eindringen sollten.

Herr Hooge sieht den gewählten Personalrat (immer 2 Personen) in der Verantwortung, der hätte entsprechende anonymisierte Protokolle fertigen müssen. Er bittet um eine entsprechende Prüfung.

Herr Dippe hatte noch einige wichtige organisatorische Nachfragen (z.B. zum Beschäftigten-Datenschutz, Wahrung der Mitarbeiterrechte, zum konkreten Verfahren, zur rechtlichen Bewertung, die Zielstellung).

Herr Teichmann informiert, dass die CDU-Fraktion sich heute für einen Grundsatzbeschluss ausspricht. Über die Ausgestaltung, über Befugnisse und die Arbeitsweise udgl. muss gesondert entschieden werden. Herr Geike ergänzt, eine Bestandsaufnahme durchzuführen und das geht nach

seiner Auffassung nur mit Menschen, die nicht in der Verwaltung tätig sind. Er warnt davor, das Thema zu zerreden.

Herr Aulich spricht sich für eine fachliche Qualifikation, für entsprechende Schulungen z.B. der Gewerkschaften oder Berufsgenossenschaften aus. Die AfD-Fraktion kann der Benennung von einfach nur zwei unabhängigen Ansprechpartnerinnen nicht zustimmen.

Frau Behrmann meint, man habe erkannt, dass es eine Situation gibt, die Hilfe braucht. Es muss einen ersten Schritt geben, man könne die Missstimmung und die Mobbingvorwürfe nicht einfach schleifen lassen, sondern müsse ihnen nachgehen.

Später ergänzt sie noch, dass PfarrerInnen dem Seelsorgegeheimgesetz (einem Kirchengesetz) unterliegen, das für die Berufszunft sehr relevant ist.

Auch Herr Mattigk sieht gerade die vorgeschlagenen Pfarrerinnen in einer besonderen Eignung (seelsorgerische Ausbildung und datenschutzrechtliche Beachtung der Belange). Er sieht keine Verletzung von Persönlichkeitsrechten oder Datenschutz (Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede natürlich ausgeschlossen) außerdem solle auch niemand herabgesetzt sondern vielmehr vermittelnd eingewirkt werden, das Klima innerhalb der Verwaltung zu beruhigen.

Was die Eignung angeht, schließt sich Herr Hamacher an, sieht aber rechtliche Probleme was z.B. die Benennung eines „Täters“ angeht. Er sieht auch Probleme bei den städtischen Gesellschaften, denn da wäre jeder einzelne Geschäftsführer verantwortlich für sein Unternehmen.

Frau Wagner bestärkt auch noch einmal die Fassung eines Grundsatzbeschlusses, so wie das z.B. auch aus dem Kultur- und Sozialausschuss empfohlen wurde. Der Beschlussvorschlag wurde auch noch einmal ergänzt und soll heißen:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt zwei unabhängige Personen im Auftrag der SVV als Ansprechpartnerinnen für von Mobbing und Bossing betroffene MitarbeiterInnen der Stadt Fürstenwalde und ihrer Gesellschaften bis auf Widerruf. Am Prozess wird der Personalrat angemessen beteiligt.

Frau Bargenda appelliert und fragt, warum man denn hier handeln müsse – weil der PR und die GBA um Hilfe gerufen haben, da die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Personalrat wenig von Vertrauen geprägt ist. Deshalb ist es das Beste, unabhängige Personen moderierend zu benennen. Sie wirbt um Zustimmung für den Antrag.

Frau Meyer schließt sich diesen Worten an und es nicht um eine Überregulierung geht, sondern der dringende Bedarf im Rathaus besteht. Solch Verfahren sollte so offen wie möglich gestaltet werden, es ist ein freiwilliges Angebot, dass anonym durchgeführt wird. Das Verfahren ist außerdem denjenigen zu überlassen, die es betrifft.

Herr Dippe beantragt dann die Ergänzung des Beschlussvorschlages ...für den Bericht an die SVV unter dem Vorbehalt der Klärung noch offener rechtlicher Fragen.

Frau Schumann meint ebenfalls, dass man das Verfahren inhaltlich und organisatorisch füllen müsse, nachdem der Grundsatzbeschluss gefasst wurde. Sie spricht noch einmal die im Kultur- und Sozialausschuss erarbeiteten Änderungen und Ergänzungen an und bittet, diese Empfehlung hier heute zu beschließen.

Der Erste Beigeordnete stellt richtig, dass der Umgang mit Mobbingverdachtsfällen nicht zu den Aufgaben des PR gehört. Vielmehr ist es im Rahmen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes Aufgabe des Arbeitgebers bzw. Gemeinschaftsaufgabe mit dem Personalamt und der GBA. Darüber hinaus ist eine Frage, der guten Führung, dass entsprechende Gesprächskanäle vorgehalten werden. Es ist z.B. so, dass im vergangenen Jahr Verdachtsfälle von großer Unzufriedenheit bzw. Mobbing (Mitarbeiter mit dem Vorgesetzten oder Vorgesetzte mit seinen MitarbeiterInnen) behandelt und begleitet wurden. Die Frage ist, einen weiteren Ansprechpartner zu finden, wenn es eine Ebene höher geht. Wich-

tig ist allerdings zu klären, was passiert mit dem Berichtswesen (Regelung schaffen für den Bericht an die SVV). Die Ausführung obliegt dann nicht dem Vorsitzenden der SVV, sondern dem HVB oder dem Ersten Beigeordneten.

Der Bürgermeister vertritt die Auffassung, dass der Antrag unterstellt, dass die Stadtverwaltung und die anderen angeschlossenen Einrichtungen kein einziges Instrument zum Vorgehen bei Verdachtsfällen von Mobbing haben oder sie nicht nutzen. Er wird sich nicht durch eine Zustimmung gegen die zur Verfügung stehenden Mittel und Wege in der Verwaltung stellen und ihn deshalb ablehnen. Dies erfolgt ausschließlich aufgrund der Pflicht, denn alles andere würde signalisieren, dass die Verwaltung mit Mobbingvorwürfen schlecht arbeitet.

Die CDU-Fraktion beantragt namentliche Abstimmung.

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Koch, Uwe	x		
Bargenda, Jutta	x		
Fiedler, Monika	x		
Peter Mattigk	x		
Sachse, Gerold	x		
Wende, Stephan	x		
Geike, Gernot	x		
Petenati, Wolfgang	x		
Teichmann, Jürgen	x		
Dippe, Christian	x		
Hamacher, Kai	x		
Jatzek, Iris	x		
Krüger, Christina	x		
Krüger, Nancy	x		
Altmann, Christian	x		
Meyer, Juliane	x		
Rausch, Sebastian	x		
Wagner, Elke	x		
Ksink, Reinhard	x		
Schumann, Petra	x		
Aulich, Lars	x		
Biagini, Enrico	x		
Fachtan, Axel			x
Gebauer, Jürgen	x		
Hooge, Peter	x		
Rudolph, Matthias		x	
Apitz, Peter	x		
Behrmann, Cornelia	x		
Saliter, Bernd	x		
Apitz, Thomas	x		

Mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung ist der Antrag angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung benennt zwei unabhängige Personen im Auftrag der SVV als Ansprechpartnerinnen für von Mobbing und Bossing betroffene MitarbeiterInnen der Stadt Fürstentum und ihrer Gesellschaften bis auf Widerruf. Am Prozess wird der Personalrat angemessen beteiligt.

Der Bericht an die SVV erfolgt unter Wahrung der gesetzlichen Vorschriften.

Zustimmung mit Änderung Ja 28 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE "Erklärung der SVV - bleiben Sie vorsichtig!"

Peter Apitz verliest eine von der Fraktion B90/Die Grünen erarbeitete Erklärung

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nachfolgende Erklärung der Stadtverordneten „Bleiben Sie vorsichtig und bedacht“

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung wird beauftragt, diese Erklärung auf geeignetem Wege und möglichst mit großer Verbreitung öffentlich zu machen.

Auch in Fürstenwalde/Spree rufen MitbürgerInnen zu Demonstrationen und ähnlichen Veranstaltungen gegen die Kontaktbeschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie auf. In den digitalen Netzwerken rufen sie zu Widerstand auf, verbreiten Verschwörungsmythen und teilen zum Teil rechte Propaganda. Bemühungen der vorsichtigen Lockerung und behutsamen Öffnung, die den Schutz der Schwachen in unserer Gesellschaft im Blick und Ziel haben, ignorieren sie. Es ist in einer Demokratie wichtig, nötig und aller Ehren wert unterschiedliche Meinungen und Ansichten zu diskutieren und für Freiheit und Grundrechte einzutreten, wo die Gefahr besteht, dass diese eingeschränkt oder verwehrt werden. Dabei haben die, die zu einer Demonstration aufrufen, eine hohe Verantwortung. Diese Verantwortung haben sie gegenüber denen, die sie zu der Veranstaltung aufrufen (Problem der Eigen- und Fremdgefährdung), aber auch gegenüber der Gesamtgesellschaft und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Es ist genau zu fragen, wozu bei den Veranstaltungen aufgerufen wird und was sie bezwecken sollen. Sollen berechnete BürgerInnen-Rechte eingefordert werden oder soll Angst geschürt und die Gesellschaft gespalten werden? Sollen egoistische Partikularinteressen durchgesetzt werden oder der beste Weg für alle gesucht werden? Bei den Demonstrationen, die bisher in Fürstenwalde stattgefunden haben, wurden Regeln des Versammlungsrechts und der Pandemieschutzverordnung nicht eingehalten und so Menschen gefährdet, in dem sie z.B. durch das Nichteinhalten von Abständen der Infektionsgefahr ausgesetzt wurden. Gerade bei einer neuartigen Virusgefahr, über die vieles noch nicht bekannt ist, ist höchste Vorsicht geboten. Hetzparolen und Reden waren geeignet, das friedliche Zusammenleben zu stören und gerade auf Menschen, die durch den Lockdown eh schon in einer psychosozial angespannten Situation sind, eskalierend zu wirken.

Deshalb fordert die SVV der Stadt Fürstenwalde/Spree alle BürgerInnen auf, bleiben Sie vorsichtig, bleiben Sie möglichst zu Hause, gefährden Sie durch Ihr Verhalten weder sich noch Andere. Achten Sie auf Ihre Mitmenschen und helfen Sie Ihren NachbarInnen und überlegen Sie, wem und welchen Medien Sie Ihr Vertrauen schenken. Informieren Sie sich und wägen Sie die Inhalte ab. Nehmen Sie nicht an unangemeldeten und nicht genehmigten Demonstrationen teil.

Verpflichten wir uns alle zu einem sorgsamem, respektvollen Umgang mit einander!

In der anschließenden Diskussion zum Text äußert u.a. Herr Mattigk, dass er den Menschen dankt, die sich in den vergangenen Wochen für Andere eingesetzt haben (Caritas, Quartiersmanagement, Initiative „Fürstenwalde hilft“ und viele andere). Er wirbt für den Antrag und ein deutliches Signal von der SVV.

Herr Dippe geht darauf ein, dass auf Bundesebene Politiker dazu aufrufen, zu demonstrieren. Wir produzieren hier den Widerspruch und es ist richtig, gegen Rassismus zu demonstrieren. Aber wir können die Einwohnerschaft nicht verunsichern. Deshalb fordert er, den Erklärungstext zu reduzieren, auf Bleiben Sie vorsichtig! Ansonsten hält er die Reaktion zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr für angemessen. Bleiben Sie zu Hause, stimmt nicht mehr.

Thomas Apitz hält es für angemessen, denn die Erklärung richtet sich an nicht genehmigte und unangemeldeten Demonstrationen. Dem stimmt auch Frau Fiedler zu, es geht nicht generell um Demonstrationen. Herr Rausch betont, dass sich die Menschen bei Demonstrationen an die Abstandsregeln halten sollen, bei genehmigten Veranstaltungen. Hier im Antrag geht es um nicht angemeldete unkontrollierte Demonstrationen.

Frau Schumann kann dem Aufruf voll zustimmen, jedoch nicht, zu Hause zu bleiben. Das führt zu weit und ist nicht mehr zeitgemäß.

Frau Behrmann betont, dass wir in unserer Region sehr zufrieden sein können, dass die Einschränkungsmaßnahmen in unserem Lande dazu führten, dass die Pandemie nicht mehr mit voller Wucht angekommen ist. Trotzdem ist die Krise noch nicht überwunden und man darf die Situation nicht unterschätzen.

Die Debatte veranlasst Thomas Apitz zu zwei Änderungsanträgen. Er beantragt, ... sogenannten Lockdown ... zu formulieren und ... bleiben Sie möglichst zu Hause, soll durch die Worte ... bleiben Sie bedacht ersetzt werden.

Die einreichende Fraktion DIE LINKE und auch Bündnis 90/Die Grünen übernehmen diese Formulierungsempfehlungen.

Die Sitzung wird vor der Abstimmung zur Erklärung für eine kurze Lesepause unterbrochen, da der Text nicht allen vorliegt.

Zustimmung mit Änderung Ja 19 Nein 7 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 8.4 Änderung zum Beschluss über das temporäre Nichterheben von Ki-7/DS/152/taentgelten gemäß Elternbeitragssatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 1

Zu diesem und dem folgenden TOP 8.5 führt der Erste Beigeordnete, Herr Wichary, aus, dass ab einem Stichtag wieder Beiträge und Entgelte zu zahlen sind. Aus diesem Grund wird es in der kommenden TO der SVV erneut die TOP's und die Empfehlung geben, den Beschluss zur Nichterhebung der Entgelte aufzuheben. Seit dem 2. Juni befindet sich die Stadt in einem eingeschränkten Regelbetrieb, für den die Landesregierung nun weitere Lockerungen angekündigt hat, weil die Hygieneregeln für den Kita-Betrieb überarbeitet werden sollen. Außerdem sind weitere Lockerungen für den 15. Juni angekündigt. Für die Notbetreuung ist eigentlich ein Elternbeitrag zu zahlen, für den eingeschränkten Regelbetrieb ist es abhängig von der Abgeltung des Mindestanspruchs. Zum 1. Juli 2020 wird das Land seine Förderrichtlinie für die Ausfallförderung von Elternbeiträgen umstellen, die neuen Regelungen hat die Stadt ebenfalls erhalten.

TOP 8.5 Änderung zum Beschluss über das temporäre Nichterheben von Essen-7/DS/153/geld gemäß Essengeldsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 1

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister reagiert auf das Schreiben von Herrn Geike zur Akteneinsichtnahme für die Festplatznutzung. Er bietet die Einsichtnahme noch im Rahmen des heutigen Abends an.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Der Erste Beigeordnete nutzt den Tagesordnungspunkt zunächst, um sich in aller Form bei der Stadtverordneten, Frau Meyer, zu entschuldigen. Er geht noch einmal auf seinen Redebeitrag vom 3.5.2020 zum Veranstaltungsflyer zur Brandenburgischen Seniorenwoche ein und meint, er wollte sie nicht bloßstellen oder verletzen. Er bittet, im Rahmen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit wieder alle Themen direkt zu besprechen.

Herr Rausch bittet um Auskunft, wie und wann es mit der Dacheindeckung (Dachsteinen) des Jagd Schlosses weitergeht. Herr Geike informiert, dass er die Dachdecker vor Ort gesehen hat.

Herr Wende bringt seine Verwunderung zum Ausdruck, wie der Bürgermeister mit Anfragen von Fraktionen umgeht. Die LINKE hatte eine Reihe von Fragen schriftlich gestellt und um Beantwortung gebeten (Klageverfahren der Stadt, 6 Fragen zum Thema Festplatznutzung). Er bittet nunmehr, die Antworten zu geben.

Außerdem berichtet er, dass in der MOZ zu lesen war, dass die Arbeiten in der Lindenstraße deutlich eher abgeschlossen werden können. In diesem Zusammenhang bringt er die Sprache auf den noch nicht geschlossenen Radweg und den Ausführungsbeschluss der SVV dazu, wo klar geregelt war, wo und was gebaut werden soll. Er wirft dem Bürgermeister vor, den Radweg durch Verhandlungen mit dem Eigentümer zu verhindern.

Der Bürgermeister berichtet, dass er im Interesse der Stadt eine gütliche Einigung im Dialog mit dem Anlieger herbeiführen möchte. Niemand hat ein Interesse daran, dass das Bauvorhaben durch gerichtliche Auseinandersetzungen verzögert wird. Sobald sich eine Lösung abzeichnet, wird er darüber wieder informieren.

Herr Rudolph informiert weiterhin, dass er die Liste der Klageverfahren von der Rechtstelle abgefordert hat.

Zu den Fragen der Festplatznutzung berichtet er, dass fehlerhaft ein Nutzungsvertrag abgeschlossen wurde, so wie es der Presse zu entnehmen war. Das wird nicht erneut passieren.

Herr Rausch bringt seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass der Bürgermeister den schwarzen Peter auf die Rechtstelle schiebt, wo er immer betont, sich schützend vor seine MitarbeiterInnen zu stellen.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 20.26 Uhr und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin